

Rede von Landrat Thomas Gemke zur Einbringung des Haushaltes 2016 am 22.10.2015

Sperrfrist 22.10., 16:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren Kreistagsabgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu Beginn muss ich den Kreiskämmerer, Herrn Heer entschuldigen, der erkrankt ist. Ich denke auch in Ihrem Namen wünsche ich ihm von hier aus gute Besserung.

Sie alle kennen das zentrale Thema, dass Europa, Deutschland, aber auch den Märkischen Kreis in den letzten Wochen zunehmend beschäftigt, nämlich der immer größer werdende Zustrom an Flüchtlingen in unser Land.

Sie alle kennen den Brief, den die fünf südwestfälischen Landräte vor knapp zwei Wochen an Frau Merkel und Frau Kraft geschickt haben.

Die Fakten dazu sind: Allein im September sind rd. 61.000 Flüchtlinge nach NRW gekommen. Zur Zeit kommen jeden Tag weitere rd. 500 bis 1.000 Flüchtlinge allein von den Grenzen Bayerns nach NRW. Daneben gibt es noch weitere Flüchtlinge, die auf anderen Wegen nach NRW kommen. Ein Rückgang ist derzeit nicht in Sicht.

Wir betreiben in NRW derzeit rd. 220 Notunterkünfte für das Land Nordrhein-Westfalen. Die Bezirksregierung Arnsberg, die die Flüchtlinge in NRW verteilt, organisiert zur Zeit täglich rd. 500 Busfahrten, um Flüchtlinge zu und von den Notunterkünften oder Sammelstellen, in die Städte und Gemeinden oder zu den Flughäfen und Bahnhöfen zu transportieren.

2011 hatten wir im Märkischen Kreis insgesamt ca. 350 Asyl- und Asylfolgeanträge. In 2015 haben wir bisher, Stichtag 14. Oktober, 3.424 Asyl- und Asylfolgeanträge.

Das sind schon jetzt mehr als 10 Mal so viele Anträge wie im gesamten Jahr 2011.

Wir rechnen damit, dass ab Oktober jeden Monat bis zu 800 Flüchtlinge auf die Städte und Gemeinde im Märkischen Kreis verteilt werden.

Allein in den letzten beiden Wochen sind im Märkischen Kreis mehr Asyl- bzw. Asylfolgeanträge gestellt worden wie im ganzen Jahr 2011.

Obwohl gesetzlich für Kreise eigentlich gar nicht vorgesehen haben wir als Kreisverwaltung im Wege der Amtshilfe der Bezirksregierung Arnsberg zwei Notunterkünfte einrichten müssen.

Konkret sah das dann so aus: Die Bezirksregierung hat den Märkischen Kreis am Dienstag, den 15. September, um 17.19 Uhr, angewiesen, bis Freitag, den 18. September, 16.00 Uhr – also innerhalb von drei Tagen - Notunterkünfte für 400 Flüchtlinge bereit zu stellen.

Und das aus organisatorischen Gründen in Einrichtungen mit Aufnahmekapazitäten von mindestens 150 Personen.

Innerhalb von drei Tagen mussten – sozusagen aus dem Stand - zunächst geeignete Unterkünfte gefunden werden.

Wir haben uns nach Kontakt mit unseren Städten und Gemeinden für eine leerstehende Schule in Halver und die Turnhalle am BK Raitelplatz entschieden.

In beiden Einrichtungen können jeweils max. 150 Flüchtlingen aufgenommen werden. Mehr war von uns in der Kürze der Zeit nicht leistbar.

Innerhalb von drei Tagen mussten wir dann Betten, Decken und Hygienesets für 300 Personen beschaffen. In der Unterkunft in Halver musste die vorhandene Elektroinstallation erneuert und die sanitären Einrichtungen erweitert werden.

In beiden Einrichtungen mussten Waschmaschinen und Wäschetrockner installiert werden. In der Turnhalle mussten zum Schutz des Hallenbodens Platten ausgelegt werden.

Um - anders als wir es im Fernsehen aus anderen Turnhallen oft sehen - ein wenig Privatsphäre zu schaffen, haben wir Bauzäune mit Plastikplanen aufgestellt. Stellwände sind zur Zeit nicht erhältlich.

Die Suche nach Betreibern unter den großen Hilfsorganisationen war zunächst erfolglos. Denn: Auch die personellen Ressourcen der Hilfsdienste und -organisationen sind ausgeschöpft.

Problematisch war es aber auch, geeignete Sicherheitsdienste sowie Anbieter für die Verpflegung der Flüchtlinge zu finden. Auch diese Dienste haben wegen der Vielzahl der zu betreuenden Unterkünfte Probleme, geeignetes Personal zu gewinnen.

Zum geforderten Zeitpunkt, Freitag 18. September, 16.00 Uhr, waren die Unterkünfte einsatzbereit. Helfer und Ärzte warteten auf das Eintreffen der angekündigten Flüchtlinge.

Niemand aber konnte wusste jetzt genau, wann die Flüchtlinge kommen, woher sie kommen werden und wie viele es eigentlich genau sein werden.

In der Praxis sieht es so aus, dass eine Mitteilung über eintreffende Flüchtlinge per Telefon oder E-Mail nur wenige Stunden im Voraus erfolgt. Personenlisten mit Anzahl, Namen oder Nationalitäten gibt es meist nicht.

Zum Teil kommen die konkreten Benachrichtigungen auch erst mit dem Vorfahren des Busses vor der Unterkunft.

Auch die Aufnahme des Betriebes unserer Notunterkünfte erfolgte ohne entsprechende Vorkenntnisse.

Und im Wesentlichen zunächst mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Kreisverwaltung. Und das an sieben Tage/Woche im 24 Stunden Betrieb an zwei Standorten.

Dafür waren insgesamt ca. 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freiwillig im Einsatz, deren eigentliche Arbeit dann natürlich liegenblieb.

Des Weiteren waren bzw. sind bis zu weitere 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung im Einsatz; z.B. aus dem Bereich Gesundheit, Gebäudemanagement, Ausländerbehörde usw.

Mein ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle aber auch den Hilfsdiensten, die uns dabei nach Kräften mit Rat und Tat unterstützt haben. Ich danke auch den vielen ehrenamtlichen Helfern, z.B. von den Kirchen und der Flüchtlingshilfe, die jetzt auch noch in unseren Unterkünften aktiv sind.

Und mein Dank gilt natürlich auch ganz ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die spontan zugesagt und im der-Schicht-Betrieb rund um die Uhr Dienst in den Notunterkünften geleistet haben bzw. dies immer noch tun.

Diese Situation hat uns aber deutlich die Grenzen unserer Möglichkeiten bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise aufgezeigt und uns fünf Landräte Südwestfalens bewogen, die Briefe an Frau Merkel und Frau Kraft zu schreiben.

Sie kennen den Tenor dieses Briefes, den so ähnlich auch ganz aktuell parteiübergreifend 215 Bürgermeister in NRW formuliert haben: So kann dies nicht so weitergehen. Es müssen Wege gefunden werden, den Zustrom an Flüchtlingen schnell und effektiv zu verringern.

„Wir schaffen das nicht!“, „Wir können nicht allen helfen“ oder „Die Zugangszahlen müssen runter“.

Wenn Sie jetzt meinen, dass das Zitate aus unserem Brief an Frau Merkel sind, irren Sie sich.

Sie stammen ganz aktuell von der Facebookseite des GRÜNEN Oberbürgermeisters von Tübingen, Boris Palmer. Dies zeigt: Die Erkenntnis der zu lösenden Probleme hängt nicht an der Farbe des Parteibuchs.

Frau Merkel hat sich übrigens stellvertretend für die fünf Landräte bei dem Landrat des Hochsauerlandkreises telefonisch gemeldet und im in einem viertelstündigen Gespräch die Möglichkeit gegeben unsere Sorgen noch einmal persönlich vorzutragen.

Wir sind erfreut darüber, dass Frau Merkel unseren Brief sehr ernst nimmt. Frau Kraft hat sich übrigens noch nicht gemeldet.

Ein Beispiel dafür, dass es so nicht geht, zeigt auch die Beschulung der Flüchtlingskinder in den Grundschulen im Märkischen Kreis.

Für rd. 500 Grundschulkindern aus Zuwandererfamilien mit erheblichem Deutsch-Förderbedarf im MK hat die Ministerin für Schule und Weiterbildung NRW, Sylvia Löhrmann, genau drei Stellen eingerichtet. Das reicht bei 65 Grundschulen im Märkischen Kreis. natürlich hinten und vorne nicht.

Ich unterstelle Frau Löhrmann dabei keinen bösen Willen: Auch Sie hat einfach nicht die notwendigen Lehrerinnen und Lehrer, um ausreichend Deutschunterricht für diese Kinder anbieten zu können – der sicher mit entscheidend für gelingende Integration ist.

Die Zahl der Menschen, um die wir uns intensiv kümmern müssen steigt; wir haben dafür aber nicht mehr Hände.

Ich kann Ihnen versichern, dass es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, Menschen, die Schutz benötigen, zu helfen. Und wir tun dies auch weiterhin.

So laufen ganz aktuell intensive Gespräche mit der Bezirksregierung Arnsberg zur Nutzung des ehemaligen KDVZ-Gebäudes in Griesenbrauck für die Unterbringung von 330 Flüchtlingen ab Anfang nächsten Jahres.

Ich hoffe, dass wir dann die Turnhalle am Raitelplatz wieder für die Vereine und den Schulsport freigeben können. Dafür kann ich aktuell aber noch keine definitive Zusage geben.

Meine Damen und Herren KTA,
es war und ist mir wichtig, Sie auch direkt und aus erster Hand über diese zusätzliche Herausforderung zu unterrichten, der sich die Kreisverwaltung seit Mitte September stellen musste bzw. weiterhin muss.

Kommen wir nun zum Haushalt 2016:

Der vorliegende Entwurf weist natürlich noch Unwägbarkeiten auf, insbesondere auch im Hinblick die von mir bereits gerade geschilderte Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Darauf komme ich gleich noch zurück.

Unser Ziel war es, dass die Steigerung der allgemeinen Kreisumlage niedriger ausfällt, als die Erhöhung der Landschaftsumlage. Dies haben wir mit viel Mühen erreicht.

Das Aufkommen der allgemeinen Kreisumlage steigt in absoluten Zahlen von 265,8 Mio. Euro auf 270,3 Mio. Euro, also um rd. 4,5 Mio. Euro. Die Landschaftsumlage steigt von 95,4 Mio. Euro auf 100,9 Mio. Euro, also um 5,5 Mio. Euro.

Der Ihnen vorliegende Etatentwurf sieht Gesamtaufwendungen und Erträge in Höhe von jeweils rd. 480 Mio. € vor.

Die Haushaltslage ist natürlich immer noch angespannt:

- Die Kassenkredite sind mit einem Stand von 58,1 Mio. Euro (Stichtag 31.12.2014) weiterhin zu hoch.
- Der Märkische Kreis ist – wie bereits im Schuldenbericht für das letzte Haushaltsjahr aufgeführt – der am stärksten verschuldete Kreis im Regierungsbezirk Arnsberg – bezogen auf die Aufnahme von Kassen- und Investitionskrediten sowie die pro-Kopf-Verschuldung im Kreishaushalt.
- Im Stellenplan mussten wir wieder die ein oder andere Stelle für Aufgaben einrichten, die uns von Bund oder Land neu vorgeschrieben wurden.

Insbesondere müssen wir aber neue Stellen wegen der Flüchtlingszahlen einrichten; insbesondere im Fachdienst Aufenthalt- und Integration.

Über die Steigerungszahlen bei Asylanträgen hatte ich ja gerade schon gesprochen. Wir hier auch regelmäßig die aufenthaltsrechtlichen Erlaubnisse bzw. Duldungen für Flüchtlinge erneuern.

Bei der Entwicklung der Personalkosten bzw. Stellenzahlen bitte ich aber auch zu berücksichtigen, dass wir in den letzten Jahren viele Stellen dazu bekommen haben, die wir refinanziert bekommen.

So zum Beispiel seit 2010 allein 120 Stellen im Jobcenter MK und 30 Stellen im Rettungsdienst. Wichtig ist mir deshalb, dass bei den Personalkosten nicht immer nur auf die Ausgaben geschaut wird.

Die Gesamtkosten für die Hilfe zur Pflege steigen von 39,5 auf 41,5 Mio. Euro – und das trotz guter Pflegeberatung.

Die Gründe für die Steigerung sind die demographische Entwicklung sowie die höheren Kosten für Heime, die immer mehr auf die teureren Einzelzimmer umstellen.

Ich denke, dass wir in Anbetracht dieser zusätzlichen Belastungen den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage sehr gemeindefreundlich festgesetzt haben.

Ein besonderes Thema sind die zu erwartenden Mehrkosten durch Flüchtlinge im Kreishaushalt.

So brauchen wir zum Beispiel zusätzliche Stellen im Jobcenter MK. Wir rechnen da aktuell mit ca. 15 Stellen, für die wir den kommunalen Finanzierungsanteil übernehmen müssen.

Der Einrichtung dieser Stellen können wir uns nicht verschließen, wenn wir arbeitssuchende Flüchtlinge in Arbeit vermitteln wollen.

Wir erwarten zudem, dass vor allem im 2. Halbjahr 2016 Flüchtlinge in den Hartz IV-Bezug „rutschen“. Hier wollen wir aber erst mal die tatsächliche Entwicklung abwarten, um Zahlen auch wirklich seriös planen zu können.

Unseres Erachtens wäre es ein falsches Signal an unsere Städte und Gemeinden deswegen vorsorglich schon jetzt die Kreisumlage zu erhöhen. Zumindest für 2016 planen wir deshalb zunächst keine Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage.

Meine Damen und Herren!

Soweit zu den wesentlichen Eckdaten des vorliegenden Entwurfs.

Insbesondere die hohen Schuldenstände begrenzen unsere Handlungsspielräume.

Wir sind gefordert, auf dieser Grundlage die bestmögliche Politik für unseren Märkischen Kreis zu machen und werden uns auch 2016 dieser Aufgabe und Herausforderung stellen.

Der Märkische Kreis gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen NRWs. Diese Stärke wollen und müssen wir gemeinsam mit unseren südwestfälischen Partnern sichern und ausbauen.

Ein wichtiges Thema hierbei ist die Breitbandversorgung für Gewerbebetriebe. Immer mehr Unternehmen sind auf hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse angewiesen. Hier besteht in vielen Bereichen des Märkischen Kreises noch Handlungsbedarf.

Ende Mai hat das Land NRW diesbezüglich ein Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm aufgelegt, von dem auch wir im Märkischen Kreis profitieren wollen.

Weil eigene Anträge der Städte und Gemeinden „nur“ mit 60% bezuschusst werden und gemeinsame Anträge mit 80% bezuschusst werden, haben wir unter Federführung der TKG haben wir deshalb einen gemeinsamen Förderantrag aller Städte und Gemeinden im Märkischen Kreis koordiniert und erarbeitet.

Das Gesamtvolumen von rd. 11,2 Mio. Euro. Der Eigenanteil des Kreises ist im Haushalt 2016 mit eingeplant.

Wir müssen aber auch hier die aktuelle Entwicklung abwarten: Seitens des Landes und auch des Bundes gibt es hier immer wieder neue Förderrichtlinien und Töpfe.

Stichwort: Zukunft des Müllheizkraftwerkes Iserlohn

Wie Sie wissen, wurde das Müllheizkraftwerk 2001 mit dem Ziel der Vollauslastung und damit einer Gebührensenkung teilprivatisiert.

2021/2022 laufen die Verträge mit den privaten Gesellschaftern aus. Im Hinblick auf bestehende längerfristige Lieferverträge muss daher schon jetzt überlegt werden, wie es in Zukunft weitergehen soll.

Dazu gibt es inzwischen verschiedene interessante Optionen, die wir nun sachlich abwägen werden. Neuerdings gibt es sogar das Angebot, unsere Kreisanteile zu übernehmen.

Wichtige Kriterien für die Entscheidung, die wir hier im Kreistag werden treffen müssen, sind die Höhe der Müllgebühren, die Einhaltung von Umweltstandards, die Gewährleistung der Versorgung mit Fernwärme sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Stichwort: Feuerwehrausbildungs- mit Krankentransportzentrum

Auch das ist jetzt im Haushalt 2016 und die Finanzplanung mit eingeplant.

Ziel ist es, die Ausbildung unserer Feuerwehr und insbesondere unserer Freiwilligen Feuerwehr, also das Ehrenamt, insgesamt zu stärken.

Stichwort: Mobilität

Es tut sich einiges in Sachen Mobilität in unserem Kreis und unserer Region.

Beim Busverkehr beschäftigen wir uns aktuell mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes. Hier muss sachlich zwischen den bestehenden Wünschen, dem Bedarf und der Finanzierbarkeit abgewogen werden.

Beim Bahnverkehr wird es nach den Planungen der Bahn ab 2019 eine IC-Verbindung zwischen Frankfurt und Münster geben. Es dabei vorgesehen, dass alle Haltepunkte im Märkischen Kreis, also Iserlohn-Letmathe, Altena, Plettenberg und Werdohl, angefahren werden.

Bezüglich der Bahnstrecke Iserlohn – Dortmund ist sowohl eine Taktverbesserung als auch eine Verkürzung der Fahrzeit in Arbeit. Dazu muss insbesondere das Stellwerk Kalthof technisch aufgerüstet werden.

Nach bisherigem Stand werden die Verbesserungen aller Voraussicht nach mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2016 kommen.

Die Reaktivierung der Bahnstrecke von Meinerzhagen nach Brügge wird aller Voraussicht nach in 2017 abgeschlossen werden können und mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017 in Betrieb genommen werden.

Sie sehen: Auch hier geschieht einiges und das ist auch gut so: Wir müssen darauf achten, nicht abgehängt zu werden.

Der technische Fortschritt macht es zudem möglich, dass auch das Autofahren umweltfreundlicher wird. So haben wir bei der Kreisverwaltung zwischenzeitlich zwei öffentliche E-Tankstellen und ein Elektroauto als Dienstfahrzeug.

Mein letztes Stichwort: Südwestfalen

Südwestfalen soll und wird natürlich weitergehen. Wir wollen und müssen den Schwung und die entstandenen Kontakte, Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke der Regionale weiter nutzen.

Dies ist jetzt im Rahmen des EFRE Förderwettbewerbs „Regio.NRW“ gelungen.

Südwestfalen hatte sich über die Südwestfalen Agentur mit fünf Projekten beworben: Alle Projekte sind Anfang September durch Juryentscheid zur Förderung empfohlen worden. Damit können jetzt die entsprechenden Förderanträge gestellt werden. Südwestfalen wird dadurch noch in diesem Jahr Fördermittel in Höhe von rd. 3,5 Mio. Euro erhalten.

Meine Damen und Herren!

Der Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf stellt, so denke ich, eine solide Grundlage für Ihre jetzt beginnenden Haushaltsberatungen dar.

Er enthält wichtige Weichenstellungen zur Schaffung der notwendigen Investitionen in die Zukunft der Menschen in unserem Kreis und den Erhalt von Gestaltungsspielräumen in unseren Städten und Gemeinden. Für weitere Ausgaben, die unsere Städte und Gemeinden über die Kreisumlage belasten würden, haben wir auch kein Geld.

Wie in den letzten Jahren auch, bin ich mir sicher, dass Sie die erforderliche Weitsicht sowie das notwendige Augenmaß haben, dies in Ihren Beratungen zu berücksichtigen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen für die Beratung des Haushaltes 2016 eine glückliche Hand.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.